

Müller lässt nicht locker



„Nur mit Euch“ ist das Motto der Bundesratspräsidentenschaft Berlins zum „Tag der deutschen Einheit“ in diesem Jahr. Mit Euch, also mit uns, könnte Müller eine andere Überschrift seiner Amtszeit als Bundesratspräsident, das „solidarische Grundeinkommen“, problemlos realisieren. Nach einer in der Berliner Zeitung veröffentlichten Umfrage von Forsa sind 62 Prozent der Befragten dafür, dass Langzeitarbeitslose im gemeinnützigen Bereich beschäftigt werden sollen. Interessant bei dieser Umfrage ist, dass nur 57 Prozent der SPD-Wähler dafür sind, während die Anhänger aller anderen Parteien eine deutlich größere Zustimmung signalisieren: Die AfD liegt mit 74% auf Platz Eins, gefolgt von Linken und Grünen mit je 67%, CDU 66% und FDP 65%.

Es sieht fast so aus, als habe Müller bei seiner Initiative vor allem die eigenen Leute gegen sich. Änderungen an den so genannten „Hartz Gesetzen“ wird es natürlich auch nicht mit der CDU/CSU geben. Die Union braucht sich aber gar nicht groß ins Zeug zu legen, denn Olaf Scholz, Andrea Nahles und Hubertus Heil werden nicht an der Seite von Michael Müller kämpfen. Unverzagt lässt er nicht locker und erklärte passend zum Tag der Arbeit:

„Berlins Wirtschaft brummt, die Zahlen vom Arbeitsmarkt sind so gut wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die gute wirtschaftliche Entwicklung verdanken wir nicht zuletzt auch der verantwortungsvollen Arbeit der Tarifpartner. Die Gewerkschaften haben in unserer Stadt stets bewiesen, dass sie gemäß ihrem Auftrag zwar in erster Linie die Interessen der Beschäftigten vertreten, aber dabei auch nie die gesellschaftlichen Belange aus den Augen verlieren. Sie leben Tag für Tag das Motto des diesjährigen 1. Mai: Vielfalt, Gerechtigkeit, Solidarität. Vollbeschäftigung ist für den Senat und die

Gewerkschaften gleichermaßen ein zentrales Ziel, das angesichts stetig sinkender Arbeitslosenzahlen im Bereich des Möglichen liegt. Auf dem Weg dahin muss sich eine boomende Wirtschaft aber auch in guter Arbeit und fairen Löhnen ausdrücken. Bei der Besoldung im öffentlichen Dienst sind wir auf einem guten Weg, den Bundesdurchschnitt zu erreichen. Auch in der privaten Wirtschaft ist in Berlin bei den Löhnen angesichts der guten Situation noch Luft nach oben.

Zukunftsfähigkeit drückt sich aber auch im Umgang mit der Digitalisierung und Automatisierung aus, bei der auch Arbeitsplätze in allen Bereichen wegzufallen drohen. Wir müssen angesichts der sich rasch verändernden Arbeitswelt gemeinsam mit den Tarifpartnern aktiv durch unsere Politik dazu beitragen, dass die Zukunft digital und sozial ist.“

Der Regierende unterstrich ferner die Bedeutung seines Vorstoßes zu einem Solidarischen Grundeinkommen: *„Dafür brauchen wir auch neue arbeitsmarktpolitische Instrumente, um die Modernisierungsprozesse der vierten industriellen Revolution zu bewältigen. Das Solidarische Grundeinkommen ist ein Weg, arbeitssuchenden Menschen schnell wieder ordentliche und sozial sinnvolle Arbeit zu geben anstatt Langzeitarbeitslosigkeit im alten System zu verwalten. Wir werden nicht von heute auf morgen alles verändern können, aber wir sollten die derzeitige wirtschaftlich gute Lage nutzen, um für die Zukunft vorzubauen und durch Digitalisierung und Automatisierung drohender neuer Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.“*

Zwar sind 65% der FDP-Wähler auch für eine Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen im gemeinnützigen Bereich, die Jugendorganisation der FDP, die Jungen Liberalen (JuLis), sind davon hingegen nicht begeistert. Die Bundesvorsitzende Ria Schröder erklärte: *„Ein Grundeinkommen, ob solidarisch oder bedingungslos, setzt Fehlanreize, ist unfinanzierbar und verfehlt den gewünschten Erfolg. Ziel muss ein System sein, das den Einzelnen stark macht. Wir dürfen Menschen nicht abspeisen, sondern müssen die Voraussetzungen schaffen, damit sie ihr Leben in die eigene Hand nehmen können. Mit dem Liberalen Bürgergeld können wir das: alle Sozialleistungen werden gebündelt und Bürokratie abgebaut. Der Anreiz zur Erwerbstätigkeit wird erhöht, da Zuverdienst ab dem ersten Euro zu mehr Geld in der Tasche der Menschen führt.“*

Aus Sicht der JuLis darf die digitale Arbeitswelt mit ihren besonderen Herausforderungen nicht vergessen werden. Schröder weiter: *„Wir brauchen Ehrlichkeit in Bezug auf Berufe, die von der Automatisierung bedroht sind. Die Arbeitswelt wandelt sich, alte Berufe*

gehen und neue kommen: Wir dürfen Weiterbildung und lebenslanges Lernen nicht zu bloßen Phrasen in Sonntagsreden werden lassen. Diese Begriffe muss man mit Leben füllen – nicht erst dann, wenn die Arbeit von Robotern erledigt wird, sondern heute.“

Und der Berliner JuLi-Landesvorsitzende David Jahn, tritt Michael Müller direkt vors Schienbein: „Wieder einmal findet der Regierende Bürgermeister die falschen Lösungen zur falschen Zeit. Getrieben von den schlechten Umfragewerten versucht sich Müller nun in der alten Idee von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, statt endlich Verantwortung für Berlin zu übernehmen. Richtig ist, dass wir offen und ehrlich über die Zukunft unserer Sozialsysteme sprechen müssen. Falsch ist es aber, wenn er dabei seine erste Aufgabe vergisst: die Probleme der Menschen in unserer Stadt zu lösen. Und diese sind gerade für junge Menschen zahlreich: die Mieten explodieren, die Schulen gammeln nach wie vor fleißig vor sich hin und eine überforderte Verwaltung mitsamt ihrer lähmenden Bürokratie verhindert das Entstehen neuer Arbeitsplätze. Hinzu kommen stundenlange Staus, weil moderne Verkehrskonzepte fehlen, ein übergreifender Linksextremismus wie an der Rigaer Straße, völlig veraltete Ladenöffnungszeiten und so vieles mehr. Verehrter Herr Müller: Ich fordere Sie dringend dazu auf, endlich Ihrer Verantwortung für die Stadt und ihre Menschen nachzukommen. Fangen Sie an und seien Sie ein regierender statt ein verwaltender Bürgermeister! Dann klappt's vielleicht auch wieder mit den Umfragewerten.“

Apropos Umfragewerte. Die Forsa-Umfrage der Berliner Zeitung hat noch weitere interessante Ergebnisse gebracht.

„Um die Zahl der Langzeitarbeitslosen – in Berlin etwa 45.000, bundesweit rund 900.000 – zu reduzieren, hält eine sehr große Mehrheit (96 Prozent) der Berliner Verbesserungen im Schulsystem für wichtig bis sehr wichtig, damit möglichst wenig junge Menschen die Schule ohne Abschluss verlassen. Fast jeder Zehnte (87 Prozent) glaubt, dass passgenaue Weiterbildungen durch die Jobcenter den Langzeitarbeitslose helfen würden. Zwei Drittel der Befragten würde höhere Lohnkostenzuschüsse für Unternehmen begrüßen, die Langzeitarbeitslose einstellen. Und 62 Prozent sagen, die Jobcenter brauchten schlicht mehr Arbeitsvermittler, um Langzeitarbeitslosen effektiv helfen zu können.

Knapp 60 Prozent der Hauptstädter finden, dass die 2003 beschlossenen Hartz-IV-Reformen kein Erfolgsmodell sind. Die Ablehnung ist besonders stark bei Älteren (ab 60 Jahre) und bei Wählern der Linken sowie

der AfD. Objektiv ist der Erfolg schwer zu fassen: Konservative Ökonomen, etwa die des Ifo-Instituts in München, sehen die Arbeitsmarktreformen durchaus als wichtigen Baustein für den wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik – sie fordern daher eher noch schärfere Bedingungen, also zum Beispiel weniger Geldleistungen für Arbeitslose.

Andere Institute, etwa das DIW Berlin, machen dagegen auf die seit Reformbeginn stark wachsende Kluft zwischen Arm und Reich aufmerksam, die sie insbesondere auf den überdurchschnittlichen Anteil prekärer Jobs mit schlechter Bezahlung und oft unfreiwilliger Teilzeit zurückführen.

Die kritische Sicht der meisten Berliner auf die Agenda 2010 zeigt sich auch in der Frage, ob der Regelsatz (416 Euro für einen Alleinstehenden plus Wohnkosten) ausreicht. Besonders Anhänger von Linken und Grünen würden den Hartz-IV-Satz lieber erhöhen; auch Frauen sind leicht überdurchschnittlich dieser Ansicht. Dass die Höhe angemessen sei, finden mehrheitlich nur CDU-Wähler (59 Prozent).

Auch die Anrechnung von Vermögen wird moniert, also das Prinzip, dass etwa Ersparnis bis zu gewissen Freibeträgen aufgebraucht werden muss, bevor ein Anrecht auf Staatsgeld entsteht. 49 Prozent finden diese Regelung falsch, 43 Prozent richtig. Die Skepsis ist etwas höher im Osten und bei Frauen, vor allem aber (wiederum) unter älteren Berlinern und Linken-Wählern. Eine deutliche Mehrheit gibt es für die Vermögensanrechnung bei Hartz-IV-Bezug nur unter Anhängern der CDU. Von ihnen halten 54 Prozent die Regelung für richtig, nur 39 Prozent für falsch.

Ob die Freibeträge mit der SGE-Einführung angehoben würden, ist offen. Lediglich die Sanktionen müssten – so Müllers ursprüngliche Idee – entfallen. Ansonsten wäre die Annahme eines Jobs knapp über Mindestlohn nicht freiwillig. Die Koalition im Bund streitet über die Sanktionen. Sozialdemokraten vertreten diverse Positionen; die Union beharrt auf dem bisherigen System. Auch in Berlin: Ihr wirtschaftspolitischer Sprecher Christian Gräff schlug vor, Hartz IV für unter 50-Jährige zu streichen, wenn sie einen angebotenen Job ablehnten. Angesichts des guten Arbeitsmarkts sei es nicht hinnehmbar, dass jüngere Leute zu Hause säßen und Geld vom Staat erhielten.“

Es ist zum Verzweifeln. Jeder sieht die Hartz-IV-Sackgasse, oder befindet sich selbst in ihr. Die SPD sollte beim Versuch sich zu erneuern, erst einmal die alten Zöpfe abschneiden. Schon Adenauer sagte, „Es kann mich niemand daran hindern, klüger zu werden.“ Also: Mehr Mut zur Gerechtigkeit.

Ed Koch